

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

230 (4.10.1932)

# Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE, BADEN

Anzeigenpreise Die 10 gerapelte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Belegstellen-  
anzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Reflektoren-Millimeter-  
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtzahlung des  
Zahlungs leas, bei gerichtlicher Dretzung und bei Ansturz außer Kraft tritt ein Erklärungs-  
er und Gerichtsbefehl # Karlsruhe l. D. o. Scluk der Anzeigen-Beauftragte 8 Uhr normallage

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand-  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Aufbetrunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,16 Mark, halbjährlich 9,42 Mark, einjährlich 17,52 Mark.   
Einzelhefte 11 Pfennig. Postgebühren 2550 Karlsruhe o. Geschäftsstelle  
Verkaufsstellen: Karlsruhe l. D., Marktstraße 28. o. Jernstr. 7020/7021 o. Volkstrand-Strasse  
Durlach, Hauptstr. 9. D. Baden, Taubhausstr. 12. Rastatt, Rastattstr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 230 Karlsruhe, Dienstag, den 4. Oktober 1932 52. Jahrgang

## Das ist die Hitlerpartei!

### Wie die „Köhmlinge“ Hitlers sich bedrohen

München, 3. Okt. Vor dem Münchener Amtsgericht rollte am Montag ein politischer Beleidigungsprozeß ab, der einen tiefen Bild hinter die Kulissen des Braunen Hauses in München tun ließ, und die Verfasserzeichnungen in der Hitlerpartei mit greller Deutlichkeit offenbarte. Dieser Prozeß brachte den schlüssigen Beweis für die Eifersucht, den Neid und die Mißgunst, mit denen die führenden Männer der NSDAP einander bis aufs Messer bekämpfen.

Angeklagt war der verantwortliche Redakteur der Münchener Post, Goldschagg, wegen zweier Artikel „Die Tschaka im Braunen Haus“, die im April kurz vor der Reichspräsidentenwahl sensationelle Enthüllungen über eine Mordorganisation innerhalb der NSDAP brachten. Eine erste Bestätigung der Richtigkeit dieser Enthüllungen in der Münchener Post brachte bereits ein Gerichtsurteil vom 5. Juli ds. Jz., durch das ein einflußreicher ständiger Gast im Braunen Haus namens Danzeisen wegen zweier Vergehen der Aufforderung zum Verbrechen des Mordes sechs Monate Gefängnis erhielt.

Aber in jener Verhandlung wurden zwei wichtige Zeugen nicht vernommen, nämlich der Fabrikant Bell, ein ehemaliger Vertrauensmann des Hauptmann Röhm, und der Reichsbannerführer Major Mayr, dessen Informationen im wesentlichen zu den Enthüllungen der Münchener Post betrogen.

Niel weiter konnte nun der neue Prozeß in die Mordatmosphäre des Braunen Hauses hineinleuchten, zu welchem Bell und Mayr als Zeugen beigezogen waren. Die Nationalsozialisten hatten natürlich ein begründetes Interesse daran, die Oeffentlichkeit nicht gar zu tief in die dunklen Geheimnisse hineinschauen zu lassen. In dieser Richtung lag schon die Einleitung des Beleidigungsprozesses gegen die Münchener Post. Müßte etwa der Staatschef Röhm und sein Nachrichtenchef Dumolin-Eckart, oder der Reichstagsabgeordnete Buch hatten gegen die Münchener Post geflagt, obgleich sie als die am meisten kompromittierten das größte Interesse hätten daran haben müssen. Wediglich der Bremerörder Schulz und der Reichstagsabgeordnete Major Buch, Stadtrat Schwarz, hatten sich durch die Artikel der Münchener Post beleidigt gefühlt, obgleich sie in den Enthüllungen nur nebensächlich genannt sind.

Noch deutlicher aber äußerte sich das Bestreben der Nazileitung, so viel wie möglich zu vertuschen, in der Tatsache, daß die Hauptzeugen, Hauptmann Röhm, Dumolin-Eckart, Graf Spreit, Volk Reiner, und der im Zusammenhang mit dunklen Geschichten schon viel bekannt gewordene Kaufmann Heinz Schweighardt zum Teil unauffindbar waren, zum Teil der Ladung nicht Folge leisteten.

Röhm, Reiner und Schweighardt wurden dafür zu je 500 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Gerade diese Zeugen hätten bekennen müssen, was sie übrigens in zahlreichen polizeilichen — und freiwilligen — Einvernehmungen getan hatten, daß im Braunen Haus tatsächlich eine geheime Zelle bestand, und daß ernsthafte Mordabsichten vorhanden waren. Aber auch ohne diese Zeugen gelang die Verteidigung der Wahrheitsbeweis. Sie erbrachte den Beweis dafür, daß Röhm, Dumolin-Eckart und Graf Spreit selbst die Ueberzeugung und die Gewißheit erlangt hatten, daß in den Kreisen der Nationalsozialisten im Frühjahr 1932 tatsächlich ein ernstes Mordkomplott verabredet worden ist, und daß auf Betreiben des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Major Buch der Fabrikant Danzeisen einen gewissen Horn telegraphisch von Karlsruhe nach München gerufen hatte, um die Ausführung der Mordtat zu übernehmen und daß es sich um einen Mordanschlag auf den bereits genannten Bell, auf Dumolin-Eckart und Hauptmann Röhm handelte.

Auffsehen erregte schon gleich bei Beginn der Zeugenvernehmung, als Bell um seine Nichtverurteilung ersuchte. Er begründete seine Bitte damit, daß er sich durch seine Aussagen Gegner mache, und daß es bei den Zuständen im Braunen Hause möglich sei, daß für wenig Geld eine eidesstattliche Aussage erkauf werden, und daß er dann in ein Meineidsverfahren verwickelt werde, wie es ihm schon einmal passiert sei. Der Zeuge, trotz seiner Einwendungen verurteilt, legte dann über die Zusammenkunft mit Röhm aus: „Röhm habe gesagt: „Wissen Sie schon das Neueste, man will uns umbringen, Sie, Dumolin-Eckart und mich.“ Ich habe es anfangs nicht glauben wollen, bis Röhm Einzelheiten mitteilte und erwähnte, daß Major Buch dahinter stehe. Bald darauf habe ich den Schweighardt in einem Kaffeehaus getroffen. Auch dieser wurde gefragt, ob er schon wisse, daß ich umgebracht werden sollte. Schweighardt habe erklärt: „Ein Wort von mir bei der Polizeidirektion würde genügen, daß die ganze Saubande ins Zusthaus käme.“ Mit der Saubande sei die Reichsleitung der NSDAP gemeint gewesen. Schweighardt habe ihm dann gesagt: „Willst Du Deinen Mörder kennen lernen? Er wird wohl bald herkommen. Tatsächlich sei dann Horn aus Karlsruhe in das Lokal gekommen.“

Interessante Mitteilungen machte der Zeuge auch über eine andere Aussprache mit Hauptmann Röhm. Als die Sache mit den Röhm-Papieren kam, sagte Röhm zu mir: „Sie sind ein

Stümper, weil Sie nicht fertig bringen konnten, daß diese Sachen unterdrückt werden.“ Ich bin dann nach Magdeburg ins Reichsbannerhaus zu Major Mayr gefahren. Mayr mußte einfach alles. Ich fragte ihn, ob er bereit sei, Röhm zu empfangen. Am 1. April 1932 kam dann Röhm nach Berlin und hatte in einer Privatwohnung eine dreieinhalbstündige Unterredung mit Major Mayr. Röhm berichtete mir später, daß Mayr alles wisse, und daß es stimme, daß die Schweinehunde uns erledigen werden. Röhm nahm die Sache sehr ernst und schimpfte wütend auf Schulz und Schwarz. Auf die Befragung über die Pläne zur Errichtung eines großen Geheimdienstes über ganz Deutschland erklärte der Zeuge: „Ja, es war die Rede davon, daß mißliebige Leute beseitigt werden sollten.“ Daß man einen Mann um die Ecke bringt, das wird bei uns nicht so tragisch aufgefaßt, wenn man darüber spricht. Eine solche Einrichtung gehört mit zu unserer Organisation. Wir sagen, das ist Selbstschutz, Sie sagen, das ist Mord. Aber das ist es nicht. In einen Geheimdienst gehört so etwas hin, das ist selbstverständlich. Ich finde nichts dabei, wenn einer aus moralischen Gründen im Interesse der Partei beseitigt wird. Es handelt sich doch um den Schutz der eigenen Leute.“

## Schändlicher Mißbrauch

### Wie Wohltäter von SA-Leuten betrogen werden — Korruption im Hitlerlager — Hindenburg und Hitler

In den nationalsozialistischen Organisationen machen sich tiefe Unzufriedenheit und Zerlegungserscheinungen geltend. In der Stettiner Organisation hat die Frage der Sammlung zu einer Rebellion geführt. Unter dem Vorwand der Sammlung für die SA-Heime haben beauftragte und nichtbeauftragte Sammler der Nationalsozialisten in Pommern außer Geld große Mengen von Lebensmitteln, Brot, Getreide, Kartoffeln, Speck, Schmalz, Eier, Fleisch, Hülsenfrüchte und sonstige Naturalien von den Grundbesitzern erhalten. Das Sammeln wurde schließlich zur Haupttätigkeit der SA-Leute. Ein SA-Sturmführer als der zuständige Führer der Aktion der Sammlung wurde schließlich als der zuständige Führer der Aktion der Sammlung bezeichnet. Mit den gesammelten Liebesgaben sind schonungslos Geschäfte getrieben worden. Karfische, die angeblich für SA-Leute bestimmt waren, wurden an Restaureure verkauft, gesammelte Getreidemengen an Futtermittelhändler. Der Gauleiter von Pommern hat schließlich der Untergruppe Pommern-West die Bormahme solcher Sammlungen verboten. Die Verwaltung der gesammelten Liebesgaben wurde der SA abgenommen und der Nazi-Frauenhilfe übertragen. Deswegen gab es bei der SA in Westpommern eine regelrechte Revolte. Man drohte mit der Besetzung des Gaubüros, mit der Wegnahme des Autos des Gauleiters — ein Kompressionswagen, der 27 000 Mark gekostet hat. Die Gauleitung ihrerseits schloß das SA-Heim, um die Rebellion tot zu treten. Nun wick man sich gegenseitig die Beschuldigung der Korruption und der Unterschleife an den Kopf.

In Bremerörde hat am vergangenen Freitag in einer nationalsozialistischen Versammlung ein Teil der Nazis unter Führung eines gewissen Dr. v. Heymann förmlich Vereingung des Falles Röhm gefordert. Heymann verlangte, daß das „Geschwür Röhm“ entfernt werde.

Die Antwort darauf war, daß Heymann und die Seinen aus dem Saal gedrängt wurden, und daß Heymann ausgeschlossen wurde. Am Sonntag haben die Ausgeschlossenen eine eigene Versammlung veranstaltet, in der der ausgeschlossene Heymann über den Fall Röhm sprach. In dieser Versammlung behauptete übrigens ein Redner der schwarzen Front, namens Gruschwitz, daß sich die Unterhaltung zwischen Hindenburg und Hitler am 13. August folgendermaßen abgepielt habe:

„Hindenburg fragte: „Sagen Sie mal, wollen Sie nun eintreten oder nicht?“ Hitler versuchte nun eine längere Erklärung abzugeben, aber im zweiten Satz schnitt ihm Hindenburg mit den Worten die Rede ab: „Na, dann nicht!“

Hitler war so betroffen, daß er sich wortlos zur Türe wandte. Kurz bevor er sie erreichte, rief ihm Hindenburg noch zu: „Serr Hitler, das eine sag ich Ihnen aber: Machen Sie keine Dummheiten, sonst können Sie etwas erleben!“

Von dieser Darstellung behauptete Gruschwitz, daß sie beschworen werden könne. Er habe sie von Major Buchruder, der sie von einem Offizier aus Schleifers Umgebung bekommen habe.

Stuttgart, 3. Okt. Seit einem Jahr erschien für die württembergischen Oberämter Kalen, Elmangen und Herreshelm ein Hakenkreuzorgan, das sich pomphaft Nationalzeitung nannte. Am 30. September ist es selig entfallen. In seiner letzten Nummer teilte es selbst mit, daß es sein Erscheinen einstellen müsse, „weil im Harsburger Lager unheilige Zwietracht ausgebrochen sei.“

## Reichsregierung und Reichstag

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, Abg. Dr. Frid (NS.), hat den Ausschuß für Dienstag, den 11. d. M., zu einer Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht der „Bericht über die Lausanner Verhandlungen“.

Vor der Ansetzung des Termins für die Tagung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags hat zwischen dem Ausschußvorsitzenden Dr. Frid und dem Reichsaußenminister, Freiherrn von Neurath, ein Briefwechsel stattgefunden.

Dr. Frid hat am 29. September folgendes Schreiben an den Minister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister!

Reschiedene Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben die Einberufung des Ausschusses beantragt. Ich könnte mir vorstellen, daß die Reichsregierung selbst im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Lage des Reiches Wert darauf legt, mit dem Auswärtigen Ausschuß in Fühlung zu treten, um womöglich eine Stütze für ihre Politik zu finden. Ich beabsichtige daher, den Ausschuß auf Dienstag, den 11. d. M., vormittags 11 Uhr, einzuberufen mit der Tagesordnung: „Bericht über die Verhandlungen in Louleane, über die Abrijtungsfrage und über die Völkereundstaaung und

bitte um Mitteilung, ob der Herr Reichsaußenminister bereit ist, in dieser Sitzung des Ausschusses zu erscheinen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ges. Frid“

Der Reichsaußenminister hat darauf am 1. Oktober folgendes Antwortschreiben erteilt:

„Sehr geehrter Herr Dr. Frid!

Mit bestem Dank befrichtige ich den Eingang Ihres gefälligen Schreibens vom 29. v. M. Den Nutzen eines politischen Gebonken-  
austausches zwischen der Reichsregierung und dem Auswärtigen Ausschuß will ich keineswegs in Abrede stellen. Zu meinem Bedauern bin ich jedoch nicht in der Lage, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, solange nicht die Ihnen bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstags geregelt ist. Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergebenst darauf hinweisen, daß die Völkereundstaaung voraussichtlich am 11. Oktober noch nicht abgeschlossen ist, so daß — vorausgesetzt, daß die prinzipielle Frage geregelt ist —, die Hinausschiebung des Termins zu empfehlen wäre.“

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ges. v. Neurath“



# Freistaat Baden

## Deutschnationale Volksfront und Heuchelei

Die deutschnationalen Abgeordneten aus Baden, Bayern, Württemberg, Rheinpfalz und Sachsen versammelten sich, wie das Stuttgarter Eugenblatt berichtet, am Sonntag mit dem Landesvorsitzend Württemberg in Stuttgart zu einer „Arbeitsstagung“. Es sprachen die Reichstagsabgeordneten Dr. Weber, Württemberg, Dr. Hamann, Baden, Professor Lent-Erlangen, Landtagsabgeordneter Schmidt, Karlsruhe-Baden, Finanzminister Dr. Dehlinger u. a. Von allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung Baden den Parteienstaat weimarischer Prägung befechtigen wolle, was eine unratliche Forderung der Deutschnationalen sei und deshalb auch von den Deutschnationalen gestützt werde. Die Deutschnationale Volkspartei müsse nun das Sammelbecken werden für alle die, die von dem Weimarer Parteienstaat mit dem „täglich abgemessenen parlamentarischen Taktik“ nichts mehr wissen wollen. Scharf verurteilt wurde die Agitation der Nationalsozialisten gegen die Deutschnationalen. Trotz dieser für die Nationalsozialisten beschämenden Angriffe werde die Deutschnationale Volkspartei aber keinen Augenblick vergessen, daß der Kampf dem Hauptfeind, dem Marxismus und dem mit ihm verbündeten Sozialismus gilt.

In einer angenommenen Entschließung heißt es: „Solange die Regierung Baden auf dem eingeschlagenen Wege zur inneren und äußeren Befreiung weitergeht, wird die Deutschnationale Volkspartei sich hinter sie stellen, ohne irgendwelche Verbindungen einzugehen und ohne darauf zu verzichten, für notwendige Verbesserungen, namentlich des sozialpolitischen Programms der Regierung, sich mit allem Nachdruck einzusetzen. Die reine Parteipolitik des neudeutschen Parlamentarismus muß abgelöst werden durch eine wahrhafte Staatspolitik unter der Führung einer vom Parlament und den Parteien unabhängigen Regierung. Dieses Ziel ist der Sinn der Wahl am 6. November.“

Mit anderen Worten: Die Regierung soll nur von den anderen Parteien „unabhängig“ sein, nicht aber von den Deutschnationalen! Deren Parteiforderungen hat sie zu erfüllen, sonst würden die Deutschnationalen sofort wieder auf den Sturz dieser angeblich vom Parlament „unabhängigen“ Regierung hinarbeiten, wie sie es bei den Kabinett-Brüning getan haben.

Es ist doch immer wieder die gleiche alte Heuchelei, die hinter diesen deutschnationalen Sermons steht.

### Vergebliche Sammlung kläglicher Reste

Die Staatspartei, das heißt die paar Deutschen, die als Überbleibsel der ehemals demokratischen Partei übrig geblieben sind, haben mitgeteilt, daß bei einer Zusammenkunft von Vertretern der sogenannten Mittelparteien, die Vertreter der Deutschen Volkspartei kein Interesse an einem Zusammengehen der Mitte bekundet hätten. Dazu erklären nun die kläglichen Reste der noch kläglicheren Deutschen Volkspartei, ein solches Zusammengehen sei schon deshalb unmöglich, weil die Gruppen der Mitte eine ganz verschiedene Haltung in ihrer Stellungnahme zur Reichsregierung einnehmen. Die Deutsche Volkspartei geht mit Baden und seinen Baronen, andere Parteigruppen aus der Mitte wollen aber nur 10 bis 20 Prozent dieser Reste mitmachen. Und so können sie halt nicht zusammenkommen, die kläglichen politischen Reste eines in seiner politischen Klugheit jämmerlich zusammengebrochenen Bürgertums. Fort mit Schaden!

### freipruch in einem politischen Beleidigungsprozeß

D. B. G. 3. Okt. Vor dem bayerischen Schöffengericht hatte sich der Bürgermeister und Landwirt Franz Hölzl aus Karlsruhe, wohnhaft in Kappelwiesend, der der jüngste Bürgermeister Deutschlands ist, (er ist 1904 geboren), wegen Beleidigung von Zentrumsführern zu verantworten. Es handelt sich um die bekannten Wortworte gegen einen angeblichen Separation Süddeutschlands im Falle eines Hitlerregimes. Hölzl soll in einer nationalsozialistischen Versammlung sich diese Behauptungen zu eigen gemacht haben. Bürgermeister Hölzl bestritt das und behauptete, er habe von den 20 Zeugen behauptet, daß Hölzl entsprechende Ausführungen gemacht hätte. Seine Aussage reichte aber zu einer Verurteilung nicht aus. Bürgermeister Hölzl wurde freigesprochen.

### Zentrums-Dämmerung

Sieht der nachfolgende Vorschlag auch in Baden, so ist er doch symptomatisch für das werdende Verhältnis zwischen Zentrum und Nationalsozialisten überhaupt. Das folgende sei vorab bemerkt. Die in Konstantz erscheinende Deutsche Bodenzeitung hat als Zentrumsorgan diese Jahre hindurch einen außerordentlich scharfen Kampf gegen die Nationalsozialisten geführt. Dieser Kampf wurde früher begonnen und wurde scharfer geführt als von anderen Zentrumsblättern. Dafür die D. B. Z. sich den giftigsten Saft ihrer Gegner zugesogen hat. Die Titel die man sich gegenseitig zulegte, stakten auf seine Empfehlung, sondern eben nur in die Spalten der Zeitung. Nachdem aber ein (ziemlich fragwürdiges) Band des Zentrum mit den Nationalsozialisten letzte verbunden hat, hörte der Kampf der D. B. Z. plötzlich nicht nur auf, sondern in langen Abhandlungen wurde die Verbindung auch gerechtfertigt. So war es bis heute.

Nun so der, Führer der Nationalsozialisten wieder gegen die D. B. Z. zu Feld, indem er eine große Parteizeitung der Nationalsozialisten für das Badengebiet ankündigt, die den Titel „Baden- und Rheinland-Rundschau“ führen soll. Er tut das häßlich, indem er bemerkt, daß sich die Verhältnisse in der großen Politik so rasch und ausgiebig geändert hätten, daß in der schwarz-roten und goldenen Presse eine große Notwendigkeit eingeleitet sei. Die Leiter der D. B. Z. könnten nicht genug klagen über die plöbliche Zähmheit und Eintönigkeit der giftigen alten Tante „Schwarz“, die über Nacht gealtert sei; und fragt, ob sie wohl schwere Sorgen hat? Ganzes Num-

men kämen heraus, in denen nicht ein einziges Mal das Wort Nazi vorkomme. Es wird hingedeutet, daß dies verständlich sei, denn es würde Abbestellungen regnen.

Da hat die D. B. Z. nun die Besetzung. Und die Anerkennung dafür, daß sie den Todfeind über ein Jahrzehnt hinweg, zu dessen Vorteil einige Wochen lang geschont hat. Nun aber zieht sie mit über hundert Seiten vom Reder. Sie beweist, daß nicht das Zentrum, sondern die Nazi „umlernen, um nicht zu lauen, daß sie sich der Zentrumspartei anbiedernden“. Und weiter wird darüber „noch man ein offenes Wort zu reden sein, daß die nationalsozialistischen Anhänger staunen werden“. Ferner weist die D. B. Z. nun auf die Widerprüfe der Nazi-Gefinnung hin und sagt:

Mitleid mit solch blindwütigen Geschäftsbüchern, die jetzt mit ihrer Zeitung so eine kleine Einnahmequelle für die hilflosbedürftige Parteiführung schaffen wollen, ist noch am ehesten am Platze“. Ferner: „Am liebsten wäre es den nationalsozialistischen Seindlingen, wenn sie die bestannten Vorgänge in Berlin und den Verrat an ihrer Nationspolitik ungeschrien machen könnten. Aber aus dieser Sadogasse lassen wir sie nicht heraus! Eine Welle der Aufklärung muß in den nächsten Wochen über das Land gehen, damit die irreführten Wähler wissen, woran sie sind und wie sie die Kampfmethoden der nationalsozialistischen Presse zu beurteilen haben.“

Auf diese Aufklärung warten auch wir mit Sehnsucht. Zwar wissen wir viel, doch möchten wir alles wissen. Und weil sich das Zentrum in den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten ganz vorzügliche Zeugnisse über ihre Politik hat ausstellen lassen und darüber hinaus die Nationalsozialisten für das Zentrum sich verpflichtet haben, hat das Zentrum ganz klare Bahn, loslegen und aufzuklären. Wir sind auf alles gefaßt. Also los, meine Herren vom Zentrum. C. A. B.

### Sarzburg



Getrennt marschieren ...

### Binnen-schiffahrtstag in Mannheim

D. B. Mannheim, 2. Okt. An dem unter dem Vorsitz von Generaldirektor Dr. v. H. c. Weller-Duisburg hier abgehaltenen Deutschen Binnen-schiffahrtstag 1932 nahmen zahlreiche Mitglieder und Interessenten teil. Synodus Dr. Schreiber erläuterte den Geschäftsbericht. Die Hauptursache beschäftigte sich u. a. auch mit der „Befähigung der Schiffe in der Binnen-schiffahrt“. Synodus Schreiber erklärte, die Wasserstraßen-Verkehrsämter hätten im Jahr 1931 noch 90 Prozent des Verkehrs betragen, dagegen liegt der Frachtverkehr um 25 Prozent unter dem Vorjahresstand. Der Zustand der Binnen-schiffahrt sei wirklich nur durch genaue Maßnahmen privatrechtlicher Art zu bezeichnen. Die Binnen-schiffahrt erbitte von der Reichsregierung in erster Linie nicht Subventionen, sondern die staatspolitische Wahrung ihrer Interessen und Schutz vor Übergriffen des reichseigenen Monopolbetriebs der Reichsbahn. Ministerialrat Burz vom Reichsverkehrsministerium lehnte auf das entschiedenste den Gedanken der Verstaatlichung der Schiffahrt ab. In den Vordergrund der Aktion habe die Reichsregierung die Selbstverwaltung der Wirtschaft gestellt. Auf dem internationalen Befahren Rhein sei die Schiffahrt dabei, im Wege der Selbsthilfe ihrer Rot entgegenzutreten. Zum Schluss sprach der frühere Oberbürgermeister von Duisburg, Professor Dr. Wolf. Die Vorschläge der Binnen-schiffahrt berühren, vom Technischen abgesehen, auf den organisierten Besonderheiten der nicht-monopolistischen Betriebsführung der Binnen-schiffahrt. Der Wertewort sei für die Tarifpolitik der Reichsbahn von ganz weichtiger Bedeutung, schließe art-mäßig gegen die Selbstverwaltung und planwirtschaftliche Schlichte. Die Gesamtheit müsse dringend wünschen, daß Entscheidendes geschehe, um den Aufwuchs der Gesamtwirtschaft zu verhindern. Die Funktion der Binnenschiffahrt läßt sich als eines freien Verkehrsgebietes mühen dabei gewährt bleiben.

### Kundlunk-Keloter für Bayern

Wir lesen in der Freitagnummer der Völkischen Zeitung: „Wie an den Sendebereichen des Kundlunk beteiligten Länder — Preußen, Württemberg-Baden, Sachsen und Hamburg — haben

ihre „Staatskommissare“ ernannt, die an Stelle der aufgelösten politischen Überwachungskomitees die Aufsicht über die örtlichen Sendegeellschaften übernehmen sollen. Nur Bayern hat einen solchen Staatskommissar bisher nicht ernannt, und es wird, wie wir erfahren, ihn auch nicht ernennen; weil es die Neuordnung überhaupt nicht mitmacht.

Als im Juli dieses Jahres die Absichten der Neuordnung bekannt wurden, erhob Bayern als eines der ersten Länder Einspruch gegen die „Zentralisation“, und dieser Protest führte, wie er jetzt bekannt wird, zu einem „Sonderabkommen“ zwischen dem Reichsinnenminister Frhr. v. Gaal und dem Vertreter des bayerischen Kultusministeriums, Ministerialrat v. Zan. Dieses „Sonderabkommen“ sichert dem Bayerischen Rundfunk keine bisher eiferlich gewahrte Selbständigkeit auch für die Zukunft.

Das bedeutet, daß der Bayerische Rundfunk weder der obersten Leitung der Reichs-Rundfunkgesellschaft untersteht wie die übrigen Sendegeellschaften, noch daß die zu erlassenden „Richtlinien für eine einheitliche Programmgestaltung“ ohne weiteres für ihn gelten; logar wirtschaftlich und technisch bleibt die Münchener Sendegeellschaft von Berlin unabhängig: sie erhält wie bisher 47 v. H. der aufkommenden Gebühren (im übrigen Reich sind es nur 43 v. H.), und die technischen Belange werden von der Abteilung München des Reichspostministeriums und nicht vom Reichspostzentralamt verwaltet.

Tatsächlich sind in München weder Personal, noch organisatorische Veränderungen erfolgt, und sie sind, wie wir zuverlässig erfahren, auch nicht beabsichtigt.

### Keine Änderung des § 38 des Reichsmilchgesetzes

D. B. Karlsruhe, 3. Okt. Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer beschäftigte sich mit den Vorschlägen im Freiburger Milchprüfungsgebiet. Bekanntlich waren in Freiburg lebhafteste Bestrebungen im Gange, die auf eine Abänderung der Milchprüfung drängten. Es wurde veranlaßt, den § 38 des Reichsmilchgesetzes, der die juristische Grundlage für die Ordnung der Milchverhältnisse im Freiburger Versorgungsgebiet bildet, für das Versorgungsgebiet nicht mehr anzuwenden. Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer hat einstimmig beschlossen, dem badischen Minister des Innern zu bitten, es bei den bisherigen Bestimmungen zu lassen und möglichst bald diese Gesetzesbestimmung auch im übrigen Lande durchzuführen.

### Gewerkschaftliches

#### Ausperrung

#### für Leipziger Großbuchbinderei beschlossen

Leipzig, 3. Okt. Für das gesamte Leipziger Großbuchbindereigewerbe ist die Ausperrung beschlossen und bei dem Gesamtverband die Gesamtpersperrung für das Reich beantragt worden.

Anlaß hierzu gab ein Streik bei einer hiesigen Firma, die weiter 48 Stunden in der Woche arbeiten läßt, im Hinblick auf die Neueinstellungen aber nach der Vorchrift den Lohn für die 31. bis 40. Wochenstunde gefürzt ausgesahlt hatte.

#### Schiedspruch im Möbeltransportgewerbe

Berlin, 3. Okt. Der Verein Berliner Möbeltransporteure hat heute nachmittag den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch angenommen.

Nachdem die Arbeitgeber den Schiedspruch angenommen haben, erklärten sich heute abend in geheimer Abstimmung auch die Arbeitnehmer mit 494 gegen 196 Stimmen mit dem Schiedspruch einverstanden. Der Streik ist damit beendet.

#### Voller Streikerfolg

Köln, 3. Okt. Der Streik der 400 Textilarbeiter bei der Firma Goldus in Friedrichstal bei Gummersbach gegen den Rohverordnungs-Lohnabbau ist mit einem vollen Erfolg der Arbeiter beendet worden. Die Lohnföhrung wurde sofort zurückgenommen. Am 1. November werden die Löhne allgemein um 2 Prozent gefürzt. Diese Föhrung gilt aber nur für englische Wolltöhr und fallen nach Erledigung dieser Arbeit, vorzuzüglich Ende Februar 1933 wieder fort. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen.

Am Montag morgen trat die 400 Mann starke Belegschaft der Baumwollspinnerei F. H. Hammerlen W. G. in Gladbach-Rehdt wegen Lohnföhrungen nach den Bestimmungen der Rohverordnung in den Zustand.

#### Metallarbeiterstreik in Schlesien

Breslau, 3. Okt. (Via Draht.) In den vom Streik erfaßten Betrieben der niederschlesischen Metallindustrie wurde am Montag die Urabstimmung zu dem Vermittlungsvorschlag des staatlichen Schlichters in Breslau Stellung genommen. Nach diesem Vorschlag soll mit Gültigkeit bis zum 31. Januar 1933 der Spitzenlohn in der niederschlesischen Metallindustrie ab 3. Oktober d. J. 66,5 Pfennig und der Alltagslohn 62 Pfennig betragen. Wiedereinstellungen sollen nach den Betriebsmöglichkeiten erfolgen. Bei der Abstimmung am Montag sprachen sich 82 Prozent der streikenden Arbeiter für Ablehnung des vom Schlichter unterbreiteten Vorschlags aus. Die Arbeiterschaft vernimmt in dem Vorschlag des Schlichters eine eindeutige Feststellung darüber, daß keinerlei Maßnahmen Platz greifen dürfen. Außerdem hat die vom Schlichter vorgetragene Lohn- und Alltagslohn gerade angesichts der Tatsache, daß in der schlesischen Textilindustrie und in den westdeutschen Industriegruppen die Zeitdauer der bestehenden Tarifverträge um mehrere Monate verlängert wurde, höchsten Unwillen hervorgerufen.

Der Streik in der niederschlesischen Metallindustrie geht also weiter. Gegenwärtig befinden sich in den Orten Riello (Oberlausitz), Görlich, Piesnitz, Kalbenburg und Rüdendalbe noch rund tausend Mann im Arbeitsausstand.

**Elektrisches Licht ist billig!**

**OSRAM** Die Qualitäts-Lampe

Lassen Sie sich vom Lichtfachmann Ratsschlüge für Ihre Beleuchtung geben.  
40 und 60 Watt sind die begehrten OSRAM-Typen.







